



PRESSEERKLÄRUNG

3. Februar 2004

Endlich – Härtefallregelung in greifbarer Nähe

Der Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg begrüßt es außerordentlich, dass sich Innenminister Dr. Thomas Schäuble endlich für eine Härtefallregelung für geduldete Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt einsetzen will. Zu viele Fälle krasser Unmenschlichkeit im Zusammenhang mit Abschiebungen sind in letzter Zeit öffentlich bekannt geworden, und sie sind nur die Spitze des Eisberges. Die meisten Fälle dieser Art verlaufen in aller Stille ohne öffentliches Aufsehen. Und sind die Menschen erst einmal abgeschoben, ist die Chance auf Rückkehr minimal.

Bis es jedoch im Zuge der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zu einer tragfähigen Lösung kommen kann, werden noch viele Menschen, die hier gut integriert sind und seit Jahren arbeiten und Steuern bezahlen, in die Abschiebungsmaschinerie geraten. Daher fordert der AK Asyl Baden-Württemberg einen Erlass, der die sofortige Aussetzung aller Abschiebemaßnahmen für Personen regelt, die im Zuge einer Härtefallregelung in den Genuss eines Bleiberechts kommen könnten. Dies betrifft vor allem all jene, die hier integriert in gesicherten Arbeits- und Wohnverhältnissen und unabhängig von staatlicher Unterstützung leben. Sie sollten ohne jede Einschränkung vor der Abschiebung verschont werden.

Von einer umfassenden Härtefallregelung erwartet der AK Asyl Baden-Württemberg aber auch, dass nicht wie im Fall der letzten Regelung dieser Art im Januar 2000 potenzielle Kandidaten durch zahlreiche einschränkende Klauseln wieder aus ihrer Chance hinaus katapultiert werden. Damals war z.B. ausgeschlossen, wer sukzessive Asylfolgeanträge gestellt hatte, bereits untergetaucht war, oder seine Passlosigkeit selbst verschuldet hatte. Viele der Menschen, denen damals die Härtefalllösung verweigert worden war, leben noch immer hier. Wie lange sollen sie noch in Unsicherheit leben? Verweigert ihnen die Behörde die Verlängerung ihrer Duldung, stehen sie vor der fatalen Alternative in die Illegalität unterzutauchen oder freiwillig in Länder zurückzukehren, wo sie mit Verfolgung zu rechnen haben und oftmals ein Leben unter der Armutsgrenze fristen müssten. Das ist Menschen, die sich in vielen Jahren hier bewährt haben, deren Kinder mit deutschen Kindern zusammen Kindergärten, Schulen und Ausbildungen durchlaufen, nicht zuzumuten.

Bereits jetzt ist illegaler Aufenthalt von Flüchtlingen mit allen seinen Konsequenzen ein absolut heißer sozialer Brennpunkt für unsere Gesellschaft. Mit einer großzügigen Altfallregelung für diejenigen, die sich hier bewährt haben, könnte hier Entlastung geschaffen werden, vor allem könnte die politisch „hausgemachte“ Illegalität vermieden werden.

Daher appelliert der AK Asyl Baden-Württemberg an Innenminister Schäuble, den eingeschlagenen Weg konsequent zu gehen: nämlich einerseits in der Innenministerkonferenz im Bund klar und eindeutig für eine echte Härtefallregelung einzutreten, und andererseits im eigenen Bundesland dafür zu sorgen, dass Menschen, die von einer solchen Lösung profitieren könnten, nicht vorher abgeschoben werden.

Hiermit könnte er wirklich ein Signal zu humanem politischen Handeln setzen.

Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e.V.

Für den Vorstand

Angelika von Loeper

1. Vorsitzende

Ulrike Duchrow

2. Vorsitzende

Rückfragen gerne an:

Helga Groz (V.i.S.d.P.), Römerstr. 11, 73430 Aalen, Tel. 07361 64666

AK Asyl Baden-Württemberg e.V.

Das Forum der ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg

Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., www.AKAsyl-bw.de

Presseerklärung des AK Asyl Baden-Württemberg e.v. - 2 -

oder an die Geschäftsstelle, Reiner Kastler, Tel. 0741 3489212

AK Asyl Baden-Württemberg e.V.

Das Forum der ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg
Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern o.R., www.AKAsyl-bw.de

